



Erstmals wurden hier einzelne Kategorien von sogenannten ESG-Finanzprodukten etabliert. ESG bedeutet hierbei Environment, Social und Government; sprich, man will Kriterien aus den Bereichen Umwelt, Soziales und verantwortungsvoller Unternehmensführung festsetzen. Diesbezüg-

plötzliche Anstieg der Zinsen der Interbankfinanzkredite und sein Höhepunkt der Zusammenbruch der US-Großbank Lehman Brothers. Stabile Finanzsysteme haben eine elementare Bedeutung für wirtschaftliche Erfolge und bedürfen hierfür auch entsprechend angepassten

ring nachhaltigen Wachstums die Stimmen derjenigen lauter, die eine Privilegierung nachhaltiger Kredite fordern. Das Rufen nach dem sogenannten „Green Supporting Factor“ wird von der These getragen, dass nachhaltige Kredite geringere Ausfallrisiken haben würden. Schlägt man nun also die Brücke zur grundsätzlichen Aufgabe der Bankenregulierung bei der Festlegung der Eigenkapitalanforderungen, nämlich dem Ziel der Finanzmarktstabilität gerecht zu werden, so fällt folgendes auf. Die Ausrichtung der Anforderungen hat sich anhand der jeweiligen Risikoklasse auszurichten und darf nicht von politischen Interessen überlagert werden. Ein Nachweis, dass grüne Anlagen weniger Risiko beinhalten würden, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht erbracht. Gleiches gilt darüber hinaus auch analog für die Forderungen nach einem sogenannten „Brown Penalizing Factor“. Es ist ebenso wenig belegt, dass nicht nachhaltigem Anlageverhalten automatisch ein höheres Ausfallrisiko immanent wäre. Daher ist in diesem Kontext auch keine höhere Eigenkapitalunterlegung per se zu fordern. Die Anforderungen an die Finanzstabilität, respektive an ihre Überwachung durch die Aufseher, muss demnach streng aus wirtschaftlicher und finanzökonomischer Sicht beurteilt werden und darf im Zuge

„Legislative Vorgaben müssen in den Parlamenten der Mitgliedsstaaten getroffen werden.“

lich gilt, dass die einzelnen Ziele richtig und wichtig sind – jedoch nicht, dass sie primär mithilfe der Regulierung der Finanzmärkte verfolgt werden sollten.

Stabiles Finanzsystem nötig

In Verbindung zu den Herausforderungen der heutigen Zeit muss die Finanzmarktstabilität gesichert bleiben und die hierfür wichtigen Voraussetzungen ständig neu bewertet werden. Nicht zuletzt mit der Finanzkrise von 2007 wurde uns wieder vor Augen geführt, wie enorm verflochten die globalen Finanzmärkte sind und welche Dominoeffekte einzelnes Versagen von Politik und Aufsicht zur Folge haben kann.

Aufsichtsstrukturen, gerade dann, wenn politische Ziele wichtiger erscheinen als die Finanzstabilität.

Relevant wird dies auch mit Blick auf die enorme Transformation, die im Zuge von mehr Umwelt- und Klimaschutz auf die Banken und die Realwirtschaft zukommt. Zentral im Fokus stehen hier auf der einen Seite die sogenannten Transitionsrisiken. Sprich, hier entsteht durch den Umstand, dass Unternehmen bei ausschließlicher Verfolgung der Nachhaltigkeitsziele ihre Ressourcen nicht voll ausnutzen können, ein systemisches Risiko. Oder anders gesagt: Sofern nicht auch die Transformation in den diversen Branchen und Industriesektoren hin zu nachhaltigeren Unternehmen unterstützt und

„Es ist wichtig, die Risiken des Klimawandels in die Finanzmarktregulierung zu integrieren.“

Bei den heutigen Diskussionen um eine adäquate Klimapolitik – ausgehend von der Pariser Klimakonferenz 2015 und dem Beschluss über die 17 UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung – muss die Finanzmarktstabilität als zentraler Faktor fortwährend mitgedacht und berücksichtigt werden.

Das Platzen der damals durch enorme Spekulationsrisiken aufgeblähten Immobilienblase in den Vereinigten Staaten zeigte aber deutlich eines auf, was passiert, wenn sozialpolitische Ziele einer Administration Einfluss in und auf die Finanzmarktregulierung halten. Das politische Ziel der Clinton Administration, möglichst jedem Amerikaner und jeder Amerikanerin zu Wohneigentum zu verhelfen – auch denjenigen, die es sich nicht leisten können – wurde unvorsichtig verfolgt, der Anfang vom Ende war der

gewünscht ist, droht vielen Marktteilnehmern eine Abwertung ihrer Assets. In der Folge ist dann – auch wieder im Dominoeffekt – eine Infizierung der investierten Banken durch die Realwirtschaft zu befürchten. Entsprechend ist es zu befürworten, dass zu kurz gedachte Vorgaben auf die Märkte disruptiv wirken.

Privilegierung nachhaltiger Kredite gefordert

Auf der anderen Seite werden im Zuge der Diskussionen rund um den Aktionsplan der EU-Kommission für die Finanzie-

dessen nicht durch politische Ausrichtungen verwässert werden. Es ist aber wichtig, die Risiken des langfristigen Klimawandels zu bewerten und in die Finanzmarktregulierung zu integrieren.

Ein Blick auf die länderspezifischen Aktivitäten, auch auf die internationalen Vorgaben, zeigt auf, wie unübersichtlich Vorgaben des Umwelt- und Klimaschutzes zu werden drohen beziehungsweise bereits sind.

Generell besteht im Pariser Klimaschutzabkommen und dem EU-Aktionsplan für nachhaltige Entwicklung die Grundlage